

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wesungpreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Verkäufgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa., Stellenangebote 10spalt. Kolonelle 25 Pfa. Familienanzeigen von Verwaisten die 10spalt. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw. die 10spalt. Kolonelle 40 Pfa. bei Platzvorkauf 50 Pfa., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Das Hornberger Schießen!

Die Beratungen in Lugano

SPD Lugano, 13. Dezember.
Am Donnerstagnachmittag hatten Stresemann, Chamberlain und Briand nach dem traditionellen Frühstück des Ratspräsidenten die erste zweitägige Besprechung. Der englischen Presse wurde mitgeteilt, daß über alle Punkte des Vergleichs vom September gesprochen wurde und man Optimist sein dürfte. Ein abschließendes Ergebnis sei noch nicht erzielt.

Ein neuer Locarno-Schwur

SPD Berlin, 14. Dezember. (Radio.)
Während von deutscher Seite über die Verhandlungen in Lugano tiefste Stillschweigen gewahrt wird, werden in England und Frankreich die Zeitungen über den Stand der Dinge so informiert, wie es Chamberlain und Briand für richtig halten. Chamberlain hat bei einer Besprechung mit Pressevertretern in Lugano erklärt, daß die Besprechungen der letzten Tage für die Beseitigung existierender Mißverständnisse nützlich gewesen seien. Es habe sich ergeben, daß die in Locarno eingeleitete Politik fortgesetzt würde und er glaube, daß die deutsche Delegation, die pessimistisch nach Lugano gekommen sei, weniger pessimistisch nach Berlin zurückkehren werde. Nach dieser Beruhigungsspiel für die Opposition, die unter Führung der Arbeiterpartei energisch auf die Lösung der großen Probleme in Lugano drängt, betonte der englische Außenminister, daß es sich nicht um theoretische und juristische Erwägungen handle, mit denen man nicht weiterkomme, sondern daß es darum gehe, einen für alle Beteiligten praktischen Weg zu finden. So sei der Wunsch der englischen Regierung, die Besetzung so bald als möglich zurückzugeben. Schließlich ging Chamberlain noch auf die Ab-

stimmungsfuge ein und teilte den Presseleuten mit, daß dieses Problem gegenwärtig von verschiedenen Ratsmitgliedern besprochen werde und betonte dann, daß es Sache des Vorsitzenden sei, den Zeitpunkt für die Einberufung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses zu bestimmen. Das ist nichts anderes als eine Kusrede. Die Abrüstungskommission wird nur aus dem einen Grunde nicht einberufen, weil Frankreich, England und Amerika sich in der Flottenfrage nicht einig sind und deshalb nicht mit einem festen Plan vor die Abrüstungskonferenz treten können.

Der Rat „arbeitet“

SPD Lugano, 13. Dezember.
Der Völkerbundsrat erledigte am Donnerstag in einer öffentlichen und einer geschlossenen Sitzung einen großen Teil seiner Tagesordnung. Außer der Ueberwindung des Anleihegeschäftes des Saargebietes an das Finanzkomitee, ist erwähnenswert die Annahme der Statuten des internationalen Lehrfilm-Instituts in Rom, die Verlängerung des Mandats der Saarregierung um ein Jahr mit Ernennung des Engländers Wilton zum Vorsitzenden und die Beauftragung eines Vorschlagskomitees mit der Wahl der acht Mitglieder der Opium-Spezialkommission. Die Vorsitzenden der vier Untersuchungskommissionen für die entwaflneten Staaten wurden wie üblich wiedergewählt. Künftig sollen ihre Mandate ohne formelle Wiederwahl weiterlaufen, bis ein Wechsel notwendig erscheint. Von der Ergebnislosigkeit der Waffenproduktionskontrollverhandlungen wurde Kenntnis genommen. Die Untersuchung der Opiumsituation im Fernen Osten wurde zum September 1929 vertagt. Bei Entgegennahme des Berichts der Wirtschaftskommission gab Stresemann von den deutschen Gesichtspunkten der Durchführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und der Tarifkommission der Ein- und Ausfuhrkonventionen Kenntnis.

Bolivien und Paraguay

Alarmierende Meldungen aus Südamerika füllen die Zeitungen. Zwischen Bolivien und Paraguay ist es zu einem ernstesten Konflikt gekommen. Die Ursache soll ein Einmarsch paraguayischer Soldaten in bolivianisches Gebiet sein. Es hat dabei Tote und wohl auch Verwundete gegeben. Als Antwort auf diesen wenig freundlichen Vorstoß seines Nachbarn hat Bolivien die diplomatischen Beziehungen zu Paraguay abgebrochen und außerdem volle Genugtuung gefordert. Nachdem das einmal geschehen war, und wahrscheinlich, um dieser Forderung den genügenden Nachdruck zu geben, wurde die nationale Volksseele zum Kochen gebracht. Die Regierung von Bolivien trat zurück, ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ wurde gebildet. Wenn es schon einmal soweit ist, dann gibt es kaum ein Halten mehr. Die Teilmobilisierung wurde angeordnet und es wird berichtet, daß viele Freiwillige unter die Fahnen Boliviens eilen. Ein patriotischer Flieger hat — damit es in dem Kriege ja an nichts fehlen kann — seiner Regierung ein Bombenflugzeug geschenkt. In der Hauptstadt La Paz, so wird berichtet, demonstrieren die Massen und singen nationalistische Lieder.

Alle diese Meldungen klingen uns sehr vertraut. Wir haben sie ähnlich 1914 gelesen. Damals, als die Regierungen der europäischen Länder die Völker zur „Verteidigung der nationalen Ehre und des Vaterlandes“ aufriefen.

Man nennt Bolivien und Paraguay keine südamerikanische Republiken. Aber der eine der beiden von Argentinien, Brasilien, Peru und Chile eingeschlossenen Staaten, Bolivien, ist fast an Umfang dreimal so groß als Deutschland, während Paraguay mit seinen über 250 000 Quadratkilometern etwas über die Hälfte des Umfanges der deutschen Republik mißt. Einwohner zählt Bolivien allerdings nur 3 Millionen und Paraguay nicht einmal eine Million. Zwischen den beiden Ländern haben seit langem nicht sonderlich freundschaftliche Beziehungen bestanden. Es ist wiederholt zu Grenzstreitigkeiten zwischen ihnen gekommen. Ein Schiedsgerichtsverfahren ist vor Jahren eingeleitet, aber bis heute noch nicht beendet worden. Die Grenze stellt wohl auf der Karte eine klare Linie dar, in Wirklichkeit aber ist sie zwischen den beiden Staaten noch sehr umstritten. Es ist ja erst wenige Jahre her, daß der alte bolivianisch-chilenische Grenzstreit wieder die Aufmerksamkeit der Welt erzwang. Bolivien ist vor Jahrzehnten nach einem verloren gegangenen Kriege der Zugang zum Ozean abgeschnitten worden. Es braucht aber diesen Weg, wenn es in seiner wirtschaftlichen Entwicklung vorwärts kommen, wenn es für seine Öl- und Erzeugnisse Absatzstraßen haben will. Das Gebiet von Tacna-Urica, das zu Chile gehört, auf das aber Bolivien längere Zeit gehofft hatte, hat die für das Land günstigen Ozeanhäfen. Nun soll der Grund zu dem gegenwärtigen Konflikt mit Paraguay eben in der Notwendigkeit für Bolivien liegen, einen Hafen zu besitzen. Aber das merkwürdige ist dabei, daß Paraguay nicht der Nachbar Boliviens nach dem Pazifischen Ozean zu ist, sondern an seine südöstliche Seite angrenzt. Der Weg über Paraguay zum Atlantischen Ozean ist der Paraguay-Strom. Er ist unendlich viel weiter als die im Osten so nahe Küste des Pazifischen Ozeans.

Entweder Bolivien rechnet überhaupt nicht mehr damit, jemals Zugang zum Pazifischen Ozean zu bekommen und hält es deshalb für geraten, sich mit aller Energie um den langen Wasserweg nach dem Atlantischen Ozean zu bemühen, oder aber es müssen für den gegenwärtigen Konfliktsfall noch andere Gründe vorhanden sein. Die meisten Meldungen schweigen sich freilich darüber aus. Trotzdem ist aber bekannt, daß gerade in dem Gebiet, das jetzt zwischen Bolivien und Paraguay strittig ist, große Petroleumlager entdeckt worden sein sollen. Wäre es nicht so, dann würde es sich kaum lohnen, wegen eines Stück Urwalds soviel Aufregung zu inszenieren, wie es jetzt geschieht. Aber ist es nur Zufall, daß eben jetzt der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, der Mann der Öl- und Finanztrusts, bei einem Besuch in Südamerika eine Delegation bolivianischer „Würdenträger“ empfangen hat? Er wird diesen Vertretern wahrscheinlich nicht nur das Interesse der amerikanischen Kapitalisten an den alten Oelquellen auseinandergesetzt haben, über die sie ohnehin verfügen, sondern er wird ihnen wohl klar gemacht haben, daß auch die neuen Oelager auf bolivianischem Boden und nicht auf dem Paraguayschen liegen.

Der Einfluß des Finanzkapitals der Vereinigten Staaten in Bolivien ist groß. Es scheint, daß es gerade dieser Einfluß ist, der die bolivianische Regierung so „starr“ macht gegen Paraguay. Denn es ist ganz offensichtlich, daß Paraguay der nachgiebigere Teil ist. Es hätte ja, da beide Staaten Mitglieder des Völkerbundes sind, überhaupt nicht zu dieser Verschärfung des Konflikts und zur Kriegsandrohung kommen können, aber weder die eine noch die andere Regierung hat sich an die von ihnen als Völkerbundsmitglieder übernommenen Verpflichtungen gehalten. Sie haben kein Schiedsgericht gefordert und auch sonst nicht dem Völkerbund von ihrem Konflikt Mitteilung gemacht. Der Völkerbundsrat hat von sich aus in einer geheimen Sitzung beschloffen, eine Note nach Südamerika zu schicken. Ob er mit dieser vorsichtigen

Die neue Regierung der Schweiz

LU Basel, 13. Dezember.
Zum Bundespräsidenten wurde für das kommende Jahr gewählt Bundesrat Dr. Haab mit 178 von 182 gültigen Stimmen.
Die am Donnerstagsvormittag zur Neuwahl der Bundesregierung zusammengetretene vereinte Bundesverwaltung hat in die Bundesregierung wiedergewählt: Bundesrat Motta (Auszärtiges) mit 177 von 190 gültigen Stimmen, Bundesrat Schulze (Volkswirtschaftsdepartement) mit 184 von 215 gültigen Stimmen, Bundesrat Haab (Verkehrsdepartement) mit 183 von 201 gültigen Stimmen und Bundesrat Scheurer (Militärdepartement) mit 151 von 190 gültigen Stimmen, Bundesrat Mutsch (Finanzen) mit 152 von 203 Stimmen, ferner Bundesrat Häberlin (Justizdepartement) mit 100 von 207 Stimmen. In die Bundesregierung wurde gewählt Nationalrat Pilet-Galay (Zinnendepartement) mit 151 von 224 gültigen Stimmen. Sein Gegenkandidat, Professor Boger, erhielt nur 66 Stimmen. Nationalrat Pilet dankte in einer kleinen Ansprache für die Wahl und nahm dieselbe an.

Bundespräsident Haab

Bundespräsident Dr. Robert Haab wurde am 18. August 1865 in Wädenswil im Kanton Zürich geboren. Nach juristischen Studien war er von 1889 bis 1899 in seinem Heimatort als Anwalt tätig. 1894 trat er in den Züricher Kantonsrat ein, 1899 in das Züricher Obergericht. 1908 wurde er Mitglied des Regierungsrates des Kantons Zürich, wo er das Justiz-, Polizei- und Militärdepartement leitete. Schon im Jahre 1911 berief ihn der Bundesrat auf Antrag des Verwaltungsrates der Bundesbahnen in die Generaldirektion derselben. Dann wurde Dr. Haab außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Berlin.

Rumäniens neue Kammer

BU Bukarest, 13. Dezember.
Nach den bisher aus 55 von 72 Wahlkreisen vorliegenden amtlichen Wahlergebnissen werden sich die 387 Kammerstimme etwa wie folgt verteilen: Regierungsblok 353 bis 357 (darunter 10 Sozialisten), Liberale 10 bis 12, Averescu-Jorga-Blok 4, Lupu-Partei 4, Ungarn 12 bis 14.

Der neue Präsident des Nationalrats

SPD Wien, 13. Dezember.
In der Donnerstagsitzung des Nationalrats wurde an Stelle des zum Bundespräsidenten gewählten Präsidenten Miklas der sozialistische Professor Gärzner zum Präsidenten gewählt. Für ihn traten auch die Sozialdemokraten, da die Präsidentenvereinbarungsgemäß nach der Stärke der Parteien gewählt werden.

Krieg in Südamerika?

SPD Lugano, 13. Dezember.
Bolivien und Paraguay haben den Eingang der Note des Völkerbundsrates am Donnerstag bekräftigt. Der bolivianische Außenminister antwortet kurz, daß er den Ratsbeschluss dem Präsidenten der Republik unterbreite und dessen Entscheidung dem Rat mitteilen werde. Paraguay versichert, daß es immer seine internationalen Verpflichtungen erfüllen werde und es den Zwischenfall einer internationalen Kommission in Montevideo überwiesen habe. Bolivien habe aber die Mitarbeit an der Kommission abgelehnt.

SPD London, 13. Dezember.
Die Gefahr eines Krieges in Südamerika ist weiter im Steigen begriffen. Der paraguayische Gesandte in Washington erklärte in einer Mitteilung an die Presse, daß die Regierung von Bolivien Truppen und Kriegsmaterial an den Landesgrenzen konzentriert. Die Gefandtschaft hat den Entwurf einer Note an die Regierung



der Vereinigten Staaten und das panamerikanische Schiedsgericht fertiggestellt, in welcher die Beobachtung der paraguayischen Regierung hinsichtlich der Kriegsvorbereitungen Boliviens im einzelnen niedergelegt sind und auf die Gefahr eines Ausbruchs von Feindseligkeiten hingewiesen wird.

Wie 1914 in Mitteleuropa

LU London, 13. Dezember.
Nach Meldungen aus La Paz ist am Donnerstag das neue Kabinett gebildet worden. Es setzt sich aus Vertretern aller politischen Parteien zusammen. — Wie weiter gemeldet wird, haben sich bisher 15 000 Bolivianer der Regierung freiwillig zur Verfügung gestellt. Auch viele Frauen bieten freiwillig ihre Dienste dem Roten Kreuz an. Der bolivianische Flieger Raoul Ernst hat der Regierung ein Bombenflugzeug zur Verfügung gestellt.